

Oskar Weggel

Methodik der China-Forschung

Teil 1 Zur Einstimmung: „Substanz“-Fragen und Makroanalytik

Gliederung

- 1 Der Totalitarismusansatz
- 2 Der marxistische Ansatz
- 3 Der Revolutionsansatz
- 4 Der Organisationsansatz
- 5 Der Dritte-Welt-Ansatz
- 6 Der Vertikalismusansatz
- 7 Der Renormalisierungsansatz „China = China“ und die Generallinie der vom Autor vertretenen methodischen Option

Die Frage nach der Quintessenz Chinas – nach dem „Chine éternelle“ also – ist nicht nur von der Sinologie, sondern auch von der modernen Chinaforschung immer wieder aufgeworfen und überaus anregend beantwortet, dann aber häufig genug wieder auf Eis gelegt und erneut auf die lange Bank geschoben worden, weil viele Beobachter des modernen China sich nicht mit der Einsicht abfinden wollen, daß das Neue immer noch weitgehend das Alte ist.

Seit nunmehr fünf Jahrzehnten ist die Volksrepublik von hauptsächlich sieben Beobachtungswinkeln her betrachtet – und beurteilt worden.¹

Da gibt es (1) den Totalitarismusansatz (China = Sowjetunion unter Stalin = Deutschland unter Hitler), (2) den Kommunismusansatz (China = Sowjetunion = Jugoslawien), (3) den „Revolutionsansatz“ (China 1949 = Frankreich 1789 = Kuba 1959), (4) den Ansatz der Bürokratie- und Organisationsforschung (China = Siemens-Konzern = Freie Universität Berlin), (5) den entwicklungstheoretischen Ansatz (China = Indien = Nigeria), (6) den Vertikalismus- und (7) den Traditionsansatz (China = China).

All diese verschiedenen Betrachtungsweisen haben – jede für sich! – im Laufe der Jahre eine Fülle von Erkenntnissen über das „Rätsel China“ zutage gefördert.

Die ersten fünf Ansätze unterscheiden sich von der Traditionshypothese vor allem dadurch, daß sie China nicht als Erscheinung *sui generis*, sondern als ein Land wie

jedes andere behandeln. Damit aber wird man dem „Reich der Mitte“, das nicht nur einen Subkontinent umfaßt und weltweit mit Abstand die meisten Einwohner zählt, sondern das überdies auf eine lange Geschichte gesellschaftlicher und staatlicher Sonderentwicklungen zurückblicken kann, ganz gewiß nicht gerecht.

Die vorliegende Darstellung liegt deshalb auf der Linie des Traditionsansatzes, d.h. der Gleichung Nr.7.

1

Der Totalitarismusansatz

Als der Antikommunismus im Westen noch auf seinem Höhepunkt stand, nämlich in den 50er und 60er Jahren, war auch die Betrachtung Chinas unter totalitaristischen Gesichtspunkten groß in Mode. Vom Ansatz „China = Sowjetunion unter Stalin = Deutschland unter Hitler“ ausgehend, interessierte sich die Forschung für Gegenstände wie den Führerkult, die Einparteienherrschaft und ihre Eliterekrutierung, für spezifische Formen von Gewaltausübung (Arbeitslager, KZs) und von Indoktrination sowie nicht zuletzt auch für die Schaffung von Feindbildern.

Dabei kam es zu überaus ambivalenten Ergebnissen: Die Methode wurde verfeinert, wo intraelitäre Konflikte, Fraktionen und Patronatsbeziehungen zu untersuchen waren, gleichzeitig aber auch vergrößert, sobald sie sich mit personalistischen Studien bestimmter Führungsgestalten begnügte.²

Zu Recht haben Kritiker darauf hingewiesen, daß das Totalitarismusmodell für interkulturelle Differenzen, wie sie ja gerade im chinesischen Kontext so markant hervortreten, blind geblieben ist.

Von diesem Verdikt gibt es nur eine große Ausnahme, nämlich die Schule Karl August Wittfogels, der den bodenständigen Traditionen Chinas besonderes Augenmerk schenkte und in den 30er sowie in den 50er Jahren Aussagen präsentierte, von denen zwei besonders bekannt geworden sind, nämlich die These von der „hydraulischen Herrschaft“, die in Naßreiskulturen, und von der „Orientalischen Despotie“, die auch außerhalb von Reisbaugesellschaften praktiziert werde.

Seine Theorie von der „Diktatur mit nassen Füßen“ wurde besonders einflußreich, nachdem Wittfogel im amerikanischen Exil 1957 sein dickbändiges Hauptwerk mit dem Titel *Oriental Despotism* herausgebracht hatte.³ Der Marxist Wittfogel, der später zum erbitterten Antistalinisten wurde und während der McCarthy-Verfolgungen viele seiner Kollegen anschwärzte, hatte seine ersten Untersuchungen zur „hydraulischen“ Produktionsweise in China noch vor Beginn der Naziherrschaft in Deutschland publiziert, und zwar unter dem Titel *Wirtschaft und Gesellschaft Chinas*.⁴ Wittfogel leitete aus der Tatsache, daß Wasser seit unvordenklicher Zeit das Lebenselixier der chinesischen Landwirtschaft war und nicht nur das Schicksal der Bauern, sondern auch das ganze Dynastien mitbestimmte, seine Theorie von der besonderen „asiatischen Produktionsweise“ ab, die er „hydraulisch“ nannte.

¹Hierzu (mit Ausnahme von Punkt 6) Michael Oksenberg, *A Bibliography of Secondary English Literature on Contemporary Chinese Politics*, New York 1969, S.III ff.; prägnant wiedergegeben bei Thomas Scharping, „Zum Wandel des westlichen Chinabilds seit 1970. Methoden- und quellenkritische Anmerkungen“, in: *VR China im Wandel*, Bd. 235 der „Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung“, Bonn 1985, S.137 ff.

²Scharping, a.a.O., S.139.

³Deutsch: *Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht*, Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1977.

⁴Wittfogel, Karl August, *Wirtschaft und Gesellschaft Chinas. Versuch der wissenschaftlichen Analyse einer großen asiatischen Agrargesellschaft*, Leipzig 1931.

„Hydraulische Gesellschaften“ seien dadurch gekennzeichnet, daß sie sich für Zwecke der Flut- und Speicherwasserregulierung megabürokratischer Machtstrukturen bedienten, um so die Bauernbevölkerung umfassend zur Arbeit an Deichen und Bewässerungsprojekten heranziehen zu können. Aus ihrem Charakter als Agrodespotien ergäben sich bestimmte, für das traditionelle China scharfandig hervortretende Konsequenzen:

Dies treffe in erster Linie auf die Regierungsform zu: Da Wassersicherungsprojekte entlang der großen Ströme, vor allem des Huanghe, des Huaihe, des Haihe und des Yangzi, nur im Großverband durchgezogen werden könnten, seien im Laufe der Zeit Wasserbaubükratien entstanden, die – als „Entgelt“ für ihre Infrastruktur-Bauleitung – von den Bauern drei Gegenleistungen verlangt hätten, nämlich Gehorsam in Sicherheits- und Ideologiebelangen, Steuerzahlung und Mitarbeit in Form von öffentlichem Arbeitsdienst. Wittfogel versuchte nachzuweisen, daß in China zuerst die Entwässerung und erst dann die Bewässerung systematisch betrieben wurde. Bis in die Zeit des Urkaisers Yu hinein seien Wasserschutzprojekte zum größten Teil noch *lokalen* Charakters gewesen, vor allem im Bereich der heutigen Provinz Shaanxi. „Seit Yu“, d.h. also seit dem Ende des 3. vorchristl. Jahrtausends, habe die Bürokratie den Bau von Wasserschutzanlagen aber immer mehr zentralisieren können, vor allem unter den Dynastien Xia, Shang und Zhou. Mit Beginn der „dritten Epoche“, die mit Qin Shi Huangdi, d.h. mit der Gründung eines zentralistischen Reichs (221 v.Chr.) einsetzte, sei – über gemeinsame Schutzanlagen hinaus – nun auch die Be-Wässerung zentralisiert und damit das Rahmenwerk für die hydraulische Produktionsweise vervollständigt worden.⁵

Einmal „in Schwung gekommen“, habe die „hydraulisch“ begründete Herrschaft immer mehr monumentale Großbauten in Angriff genommen, die z.T. hydraulischer (Aquädukte, Schleusen und Dämme, Drainage- und Schiffahrtskanäle), z.T. aber auch nichthydraulischer Art gewesen seien: angefangen von Verteidigungsmauern und Verkehrsanlagen bis hin zu Palästen, monumentalen Grabstätten, Riesentempeln und immer wieder neuen Hauptstädten.⁶

Die „hydraulische“ Gesellschaft ließ einen Staat entstehen, der weitaus stärker war als die Gesellschaft,⁷ der über ein gewaltiges „Aneignungspotential“ (in Form von Fron und Grundsteuern) verfügte und der private Eigentumsbildung schwächte.⁸ Die „hydraulische Despotie“ war „total und nicht wohlwollend“.⁹ Sie forderte „totale Unterwerfung“ und bediente sich des „totalen Terrors“; sie war eine „Macht, die sich an keinerlei Gesetze gebunden fühlte“.¹⁰

Von den eher dezentralisierten – weil regengestützten – feudalistischen Wirtschaftskulturen Europas unterschieden sich die hydraulisch gestützten Agrodespotien „Asiens“ nicht nur durch stärkere Zentralisierung, sondern vor allem durch umfassendere Zugriffsmöglichkeiten: Es

sei ihnen nämlich gelungen, die Macht im Staat zu monopolisieren und auf diese Weise Dominanz über Grund und Boden, über die Arbeitsweise der Bevölkerung und so nicht zuletzt auch über ihr Alltagsleben zu erlangen.

Während in Europa ferner die Herrschaft über die Gewaltunterworfenen in aller Regel vom Grundherren ausgeübt wurde, sei sie in der „hydraulischen Gesellschaft“ von der Bürokratie ausgegangen.

In den 50er Jahren, also im Zeichen der Verschärfung des Ost-West-Konflikts, begann Wittfogel – mittlerweile vom „Linken“ zum Antikommunisten geworden – seinen Ansatz zu „globalisieren“: Der „Orientalische Despotismus“ sei primär zwar in den Reisbaukulturen Asiens, vor allem in China, entstanden, habe sich in bescheideneren Dimensionen aber auch außerhalb des Reichs der Mitte entfalten können, und zwar überall dort, wo ebenfalls Infrastrukturgroßbauten durchzuführen waren: Auf der Grundlage dieses Gedankens übertrug Wittfogel seinen „hydraulischen“ Ansatz zunächst auf Indien, Mesopotamien, Turkestan und Ägypten, begann seine Theorie dann aber immer mehr zu „entasiatisieren“ und sie in Form der „Orientalischen Despotie“ auf praktisch alle Teile der Welt anzuwenden – und zwar nunmehr sogar auf die damalige Sowjetunion, die von Wittfogel expressis verbis als „marginale hydraulische Gesellschaft“ bezeichnet wurde. Zwar gehöre die UdSSR nicht zu den „hydraulischen Kerngebieten“, wohl aber zur „hydraulischen Peripherie“.¹¹ Die „Orientalische Despotie“ sei bereits von den „Tartaren“ in Rußland eingeführt worden – und habe sich bis heute gehalten.¹² Moskaus Anspruch, die Zitadelle der marxistischen Revolution zu sein, sei unter diesen Umständen ganz und gar aus der Luft gegriffen. Stalin habe ganz genau gewußt, warum er die Idee der „asiatischen Produktionsweise“ aus dem Marx'schen Gedanken gut herausgeschnitten habe.¹³

Wittfogels Despotismusansatz hatte in seiner Geradlinigkeit etwas Großartiges und wirkte, da er so ganz den Geist der damaligen Zeit widerspiegelte, auf die Chinaforschung der 60er Jahre wie eine Droge, hinterließ aber, nachdem die berausende Wirkung verflogen war, meist nur Kopfweh.

Vor allem unter empirischen Gesichtspunkten konnte er den Realitäten nicht standhalten: So ist er z.B. über die Zellularstruktur der chinesischen Gesellschaft mit ihren *danweis* (Grundeinheiten) und ihrem Autonomisierungspotential überaus „großzügig“ hinweggegangen – und dies womöglich deshalb, weil die Zellen von Wittfogel überhaupt noch nicht entdeckt worden waren! Darüber hinaus pflegte der Hydraulik-Ansatz die diversesten Phänomene über einen Kamm zu scheren und Determinanten zu verallgemeinern, die zwar für Gebiete entlang des Haihe, des Huaihe oder des Huanghe zutreffen mochten, die auf andere Teilgebiete Chinas aber ganz gewiß nicht paßten, von ihrer Übertragung auf das nichtchinesische Asien ganz zu schweigen.

Die Wittfogel-These erwies sich schon bald als ein Produkt ihrer Zeit: Sie war, um im Bilde zu bleiben, Wasser auf die Mühlen sowohl der Kommunisten als auch der Antikommunisten, die sich damals schrille Auseinandersetzungen

⁵Zu den drei Epochen vgl. Wittfogel, 1931, S.273-300.

⁶Wittfogel, 1977, S.56-71.

⁷Ebd., S.79 ff.

⁸Ebd., S.101 ff., 115 ff.

⁹Ebd., S.142 ff.

¹⁰Ebd., S.188-190.

¹¹Zu diesen Begriffen vgl. ebd., S.215 ff.

¹²Ebd., S.281 ff.

¹³Ebd., Einleitung S.VI.

zungen lieferten. Auch heute noch lesen sich Wittfogels Darstellungen höchst anregend; wer jedoch zu einer differenzierteren Analyse des Fortwirkens traditioneller Elemente im reformerischen China gelangen will, ist bei Wittfogel an der falschen Adresse.

2

Der marxistische Ansatz

Auch Annäherungsversuche im Stil der komparativen Kommunismusforschung (China = Sowjetunion = Jugoslawien), die sich für Fragen wie Planwirtschaft, für Einparteienherrschaft, für den Übergang von der Revolution zur Administration oder von der Spontaneität zur Planung interessiert, nehmen sich rückblickend – und zwar nicht erst seit dem Zusammenbruch der UdSSR im Jahre 1991 – wie methodische Saurier aus.

Zwar pflegt die KPCh-Führung nach wie vor Sozialismus-Lippenbekenntnisse abzugeben. Doch ist der „Sozialismus“-Begriff seit dem XII. Parteitag von 1987 so grundlegend umformuliert und neudefiniert worden, daß er mit der klassischen marxistischen Ausformulierung nur noch die Worthülse gemeinsam hat.

Parteitheoretiker und Geschichtsschreiber haben bei der Neufassung wahre Purzelbäume schlagen müssen: Hatte die KPCh beispielsweise während des Großen Sprungs von 1958 bereits vom Endstadium des Sozialismus gesprochen (sogar der „kommunistische Wind“ hatte damals angeblich bereits zu wehen begonnen), so war jetzt – drei Jahrzehnte später! – nur noch vom „Anfangsstadium des Sozialismus“ die Rede. Auf einmal hieß es nun, daß die Volksrepublik erst im Jahre 2049, also genau 100 Jahre nach ihrer Gründung, in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht reif genug sei, um ins vollsozialistische Stadium eintreten zu können. Bis dahin gelte es, noch eine lange Durststrecke zu überwinden, die im Zeichen der „sozialistischen Waren-/Marktwirtschaft“ zu stehen habe¹⁴ und in deren Verlauf vor allem eine solide wirtschaftliche Grundlage hergestellt werden müsse, sei es nun, wie offen eingeräumt, mit Methoden der Marktwirtschaft, oder sei es, wie verständlicherweise verschwiegen, notfalls auch mit Mitteln des Manchester-Kapitalismus. Das reformerische China ist hier m.a.W. auf einen Kurs eingeschwenkt, der mit „Sozialismus“ nur noch wenig zu tun hat, obwohl er weiterhin unter „sozialistischem“ Etikett stattfindet.

Aber auch vor dieser definitorischen Korrektur hatte die Theorie des Sozialismus schon längst nicht mehr zur chinesischen Praxis gepaßt: Nichts ließ sich ja z.B. schlechter miteinander vereinbaren als der marxistische Klassenkampf mit der traditionell vorgeschriebenen „Harmonie“, nichts auch weniger als sozialistischer Egalitarismus mit überkommenen Hierarchiegepflogenheiten und nichts weniger als Klassenkampf-verursachtes „Chaos“ (*dongluan*) mit der im chinesischen Gesellschaftssystem verankerten Ordnungsversessenheit. Darüber hinaus widersprach der KPCh-Interventionismus den traditionellen Vorstellungen von zellulärer Autonomie, stand die (horizontal gedachte) Klassensolidarität quer zum überkommenen Denken in Vertikalismus-Kategorien (Vater/Sohn, Fürst/Untertan,

Patron/Klientel) und konnten auch die (typisch abendländischen) Zukunftsvorstellungen mit der traditionellen Vergangenheitsorientierung sowie dem zyklischen Zeitdenken schwerlich auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Auch die marxistischen Periodisierungskategorien bereiteten den Chinesen erhebliches Kopfzerbrechen: Wann beginnt z.B. in der chinesischen Geschichte die Sklaventhaltergesellschaft? Wann setzt die „feudalistische“ Periode ein (und was ist unter „Feudalismus“ im konkreten Umfeld Chinas überhaupt zu verstehen)? Und auf welchen Zeitpunkt gar läßt sich der Beginn der „kapitalistischen“ Phase datieren: Gibt es die ersten „kapitalistischen Sprossen“ (*mengya*) schon in der Song-Periode, oder haben sie sich erst während der Qing-Dynastie entfalten können? Je näher man an die Gegenwart herankommt, um so komplizierter werden die Fragestellungen und um so artifizieller die sinokommunistischen Antworten. Nach offizieller volksrepublikanischer Darstellung beginnt die Altdemokratische Periode mit dem Opiumkrieg (1840/41), die „Neudemokratische Periode“ (ein von Mao eingeführter Begriff!) aber mit der „4.-Mai-Bewegung“ von 1919. Welchen Aufwands bedurfte es, Zäsuren dieser Art zu „beweisen“! Als noch komplizierter hat sich die Festlegung des Beginns der „sozialistischen“ Periode erwiesen: 1958 oder aber, wie erwähnt, erst 2049?

Fragen über Fragen, die sich beliebig vermehren ließen, die aber bereits in der hier präsentierten Form genügend Verlegenheit auslösen, um Zweifel an der „Paßgenauigkeit“ vieler Antworten aufkommen zu lassen. Nicht zu Unrecht haben die chinesischen Apologeten unter diesen Umständen verlautbaren lassen, daß Marx „noch keine Glühlampe gekannt hat und daß er nie in China gewesen ist“, daß es letztlich also nicht an Karl Marx, sondern an den Chinesen – und nur an *ihnen* – liege, hier passende Ansätze zu finden. Freilich ist auch China selbst mit dieser Aufgabe bisher noch keineswegs fertig geworden. Dies wird bereits bei einem Vergleich zwischen „Mao-Zedong-Denken“ (*sixiang*) und „Deng-Xiaoping-Theorie“ (*lulun*) deutlich, der Varianten des „Sozialismus“ ans Tageslicht bringt, wie sie sich unterschiedlicher kaum vorstellen lassen: Betont der eine den Primat der Politik/der „Produktionsverhältnisse“, so der andere den Primat der Wirtschaft/der „Produktivkräfte“, stellt der eine den Klassenkampf in den Mittelpunkt des Gesellschaftsprozesses, so der andere „Friede und Stabilität“, und geht der eine von einem dreistufigen (politische – wirtschaftliche – kulturelle Revolution), so der andere von einem nur zweiphasigen (weil auf politische und wirtschaftliche Umwälzungen reduzierten) Entwicklungsprozeß aus. Deng Xiaoping forderte, daß die Wahrheit in den Tatsachen – und nicht in einem sozialistischen Dogma! – zu liegen habe: Entscheidungen sind demnach immer dann richtig, wenn sie wirtschafts-effizient ausfallen, auch wenn sie ansonsten noch so unsozialistisch sein mögen – und umgekehrt!

„Sozialismus“-Kategorien sind der Chinaforschung noch nie gut bekommen. Abgesehen davon, daß sie auf die Realität des Reichs der Mitte so ganz und gar nicht passen wollen, was viele westliche Chinawissenschaftler allerdings noch zu Beginn der 70er Jahre keineswegs hinderte, mit ihnen durch die Wand zu gehen, haben sie immer wieder Gähnanfälle ausgelöst und einen Grauschleier über das Reich der Mitte gelegt: Vor allem dann, wenn in

¹⁴Zum „Anfangsstadium des Sozialismus“ vgl. ausführlich C.a., 1987/10, S.806 ff.

ihrem Namen dem Gemeinwesen China ein Gesetzes- und Institutionensystem angedichtet wurde, das in aller Regel aus dem Dunstkreis der UdSSR stammte und für das es in der VRCh nie die geringsten Ansatzflächen gegeben hatte – man denke an die knochentrockene, rund 500 Seiten starke und unsäglich danebenliegende Darstellung von Thomson/Su zur chinesischen Verwaltungs„praxis“, die in den 70er Jahren noch als Standardwerk galt.¹⁵

3

Der Revolutionsansatz

Noch verhängnisvoller als der Kommunismus- hat sich der Revolutionsansatz (China 1949 = Frankreich 1789 = Kuba 1959) auf die Chinaforschung ausgewirkt.

Nie vor- und gottlob auch nie wieder nachher haben sich chinabezogene Darstellungen so unendlich weit von der Realität der VRCh wegbewegt, wie es vor allem im Zeichen der „Kulturrevolution“ geschehen ist, die von 1966 bis 1976 dauerte und in deren Gefolge sich so mancher Essayist ein „Revolutions“-Bild zurechtlegte, das wenig mit China, viel aber mit seinen eigenen Träumen und Phantasien zu tun hatte. Realität wurde hier, wie Scharping treffend bemerkt, durch „Ästhetik“ ersetzt und als solche von einer breiten intellektuellen Leserschaft unkritisch verschlungen – man denke an die von Realität völlig unbelasteten Bücher Joachim Schickels,¹⁶ Alain Peyrefittes,¹⁷ oder aber, um hier auf das klassische Kultbuch schlechthin zurückzugreifen, an Edgar Snows *Roter Stern über China*,¹⁸ das Standardwerk über die Yan'an-Jahre der sinokommunistischen Bewegung, das in den 30er Jahren von einem verzückten Augenzeugen niedergeschrieben und in den 70er Jahren immer wieder neu aufgelegt worden war.

Wer sich Hals über Kopf in „Revolutions“-Begeisterung stürzt, gerät, wie die Erfahrung zeigt, in Gefahr, bei einem Nachlassen der vermeintlichen Revolutionsstimmung schnell von einem Extrem ins andere zu verfallen und vom „Kommunisten“ zum bekennenden „Antikommunisten“ zu werden.

Ähnlich erging es einer Reihe westlicher Wissenschaftler, die es fertigbrachten, innerhalb weniger Jahre von gläubigen Maoisten zu strikten Antimaoisten zu mutieren, so z.B. der Französin Claudie Broyelle, die noch 1973 eine promaoistische Hommage an die chinesische Frauenbewegung niedergeschrieben, sich aber bereits sieben Jahre später, nämlich 1980, gegen das maoistische Vermächtnis gewandt hatte, das sie nun mit Begriffen wie „Terror, Hunger und Zerstörung der Jugend“ assoziierte.¹⁹

Auch in so mancher westlicher „Arbeiterbuchhandlung“ gab es nach Reformbeginn nur noch Literatur, die mit dem trotzig klingenden Titel „Chinesischer Sozialis-

mus der Mao-Zeit“ angekündigt wurde; was „nach Mao“ kam, schien keiner Beachtung mehr wert!

4

Der Organisationsansatz

Der Organisationsansatz überträgt Kategorien der Bürokratie- und Organisationsforschung (China = Siemens-Konzern = Universität Hamburg = Institut für Asienkunde) auf die Verhältnisse der VR China.

Solange die Volksrepublik – und zwar im Zeichen lautstarker maoistischer Kampagnen und absichtlich herbeigeführter statistischer Verdunkelungen – als Monolith galt, war mit organisationssoziologischer Feinarbeit freilich wenig auszurichten. Dies hat sich erst seit Beginn der Reformen geändert: China erschien nun plötzlich nicht mehr als geschlossene und zentralistisch gesteuerte territoriale Einheit, sondern als Summe von vielen Provinzen, und auch nicht mehr als integrierte Gesellschaft, sondern als zelluläres Großgebilde mit komplizierten Binnenverflechtungen. Was jetzt zunehmend ins Blickfeld geriet, war nicht mehr die kompakte Einheit, sondern das organisatorische Filigran und das personelle Pilzgeflecht.

Damit tauchten erstmals typische Differenzierungsfragen auf, die sich nach dem Verhältnis zwischen offiziell-bürokratischen Zielen und gesellschaftlichen Partikularinteressen, zwischen Bürokratie und *Danweis* oder aber zwischen formalen Verfahrensprozeduren einerseits und „Mauscheleien“ andererseits erkundigten.

Ins Visier gerieten hier m.a.W. die Antinomien von Staat und Gesellschaft, von Rechts- und Personenherrschaft oder aber von planmäßigem Vorgehen und ungeplanten Geschehensabläufen. Darüber hinaus ging es zunehmend um informelle Formen der Herrschaftsausübung, um Haupt- und Nebeninformationsströme, um bürokratische Lenkung und Klientelismus, um Strategien der Interessenartikulation und um offizielle sowie partikuläre Wege der Einflußnahme auf Entscheidungen.

Auch die „Widersprüche“ im bürokratischen Alltag erwiesen sich für die organisationssoziologische Betrachtung als „gefundenes Fressen“, z.B. die Antinomien zwischen der offiziellen bürokratischen Hierarchie und der Einmischung von unten oder von außen, ferner die offizielle Zuständigkeitsverteilung und das „Dazwischenfunken“ von Personen oder Gruppen, die „nicht zuständig“ sind, darüber hinaus die Spannungen, die sich – z.B. bei der Ernennung von Funktionsträgern – aus dem Widerspruch zwischen Leistungs- und Klientel-Auslese ergeben, des weiteren auch die Reibungsverluste, die sich zwischen einander bekämpfenden Funktionsgruppen ergeben, und nicht zuletzt die Schäden, die durch Korruption und Unterschleif angerichtet werden.

Untersuchungen organisationssoziologischer Art schaufeln zwar eine Fülle mikroanalytischer Ergebnisse ans Tageslicht, erweisen sich aber als unbefriedigend, sobald pauschalere Aussagen über China, seine Gesellschaft und seine Staatlichkeit gewünscht werden; geht es hier doch stets ums Filigran und allzu selten ums Ganze! Die organisationssoziologische Sonde dürfte sich gleichwohl auch in Zukunft überall dort als nützlich erweisen, wo Details und Einzelerkundigungen im Vordergrund stehen, wo also beispielsweise Diplomarbeiten oder Dissertationen zu erstellen sind.

¹⁵Vgl. z.B. Thomson, Edgar und Su Jyun-hsyong, *Regierung und Verwaltung der Volksrepublik China*, Köln 1972.

¹⁶*Große Mauer – Große Methode. Annäherungen an China*, Stuttgart 1968.

¹⁷*Wenn China sich erhebt...*, Reinbek 1976.

¹⁸Frankfurt/Main 1971.

¹⁹Broyelle, Claudie, *Die Hälfte des Himmels. Frauenemanzipation und Kindererziehung in China*, Berlin 1974; Broyelle, Claudie und Broyelle, Jacques, *Mao ohne Maske. China nach dem Tod des Großen Vorsitzenden*, Wien 1982; der Hinweis auf diese Änderung stammt von Scharping, a.a.O., S.141.

5

Der Dritte-Welt-Ansatz

Auch mit dem entwicklungstheoretischen Einstieg ins Reich der Mitte (China = Indien = Nigeria) schien die Forschung eine Zeitlang den Stein der Weisen gefunden zu haben, vor allem, nachdem die VRCh im Zusammenhang mit ihrer 1974 verkündeten „Drei-Welten-Theorie“ sich selbst als Land der Dritten Welt präsentiert hatte.

Ungeachtet dieser Selbsteinschätzung kamen aber schon bald Zweifel auf, ob die VRCh mit dem Begriff „Dritte Welt“ dasselbe meinte wie die westliche Entwicklungstheorie. Die „Drei-Welten-Theorie“ chinesischer Provenienz richtete sich bei ihrer Einteilung der Welt nämlich weniger nach wirtschaftlichen als vielmehr nach *politischen*– oder genauer: nach *Klassenkampfgesichtspunkten*: Hatte die VRCh mit ihrer „Zwischenzonen-theorie“ von 1964 noch nach Verbündeten im Ost-West-Verhältnis Ausschau gehalten, so sollte diese Suche seit Verkündung der „Drei-Welten-Theorie“ nun vor allem auf der Nord-Süd-Achse erfolgen: Zur *Ersten Welt* sollte jetzt jede „Supermacht“ gehören, die sich als solche durch zwei Merkmale stigmatisieren ließ, nämlich (objektiv) durch ein riesiges Wirtschafts- und Militärpotential sowie (subjektiv) durch den Willen, andere Teilnehmer am internationalen System mit Hilfe dieser Machtmittel zu dominieren: Als „Supermächte“ in diesem Sinne galten die USA, vor allem aber die damalige Sowjetunion, gegen deren vermeintlichen Vorherrschaftsanspruch Beijing spätestens seit 1968 eine als „antihegemonistisch“ bezeichnete und überaus systematisch aufgezoogene Abwehrpolitik entfaltet hatte.

Zu den Ländern der *Zweiten Welt* sollten die wirtschaftlich zwar hochentwickelten, nicht aber „hegemonistisch“ agierenden Industriestaaten (vor allem also die westeuropäischen Länder) gehören und zur *Dritten Welt* alle wirtschaftlich rückständigen und von Hegemonie gefährdeten Teile des Erdballs. Diese Dritte Welt, zu der sich, wie erwähnt, auch die Volksrepublik China zählte, sei einerseits zwar durch „Ohnmacht“ gekennzeichnet, besitze gleichzeitig aber auch Antihegemonie- und Chaomacht, sobald sie sich nämlich wechselseitig solidarisiere und in ein Bündnis der großen Verweigerung gegenüber hegemonistischer Dominanz und Ausbeutung eintrete.

Die Drei-Welten-Theorie war von Anfang an alles andere als ein soziologisches Analysemodell (als solches wäre sie in der Tat viel zu grobschlächtig gewesen), sondern sollte in erster Linie dazu dienen, brauchbare Kampfoptionen aufzuzeigen und eine Art globaler Apartheid gegenüber den Supermächten zu ermöglichen.

Mit ihrer Solidaritätsadresse an die Dritte Welt wollte sich die damalige Volksrepublik also weniger zum Entwicklungsland stilisieren als vielmehr ihre Mitwirkung im globalen Klassenkampf auf seiten der Dritten Welt proklamieren.

Selbst als vier Jahre später das Steuer von den Reformern herumgerissen und an die Stelle des Klassenkampfes der Wirtschaftsaufbau zum Leitmotiv erklärt wurde, wollte der „Dritte-Welt“-Status immer noch nicht so recht zum neuen Reich der Mitte passen, und zwar nicht nur deshalb, weil China mit ganz anderen Größenordnungen als das durchschnittliche Drittweltland aufwartete, sondern auch, weil seine Wachstumserfolge (mit 12-13% p.a.

zu Beginn der 90er Jahre) die Drittwelt-Problematik zu überstrahlen begannen, und weil sich China nicht zuletzt einer 3:3:6-Strategie bediente (dazu unten in einem späteren Abschnitt), die zu Entwicklungsländern herkömmlichen Zuschnitts kaum Assoziationen aufkommen ließ. Auch die Prognose der Weltbank, daß die VR China möglicherweise schon im Jahre 2020 das Gesamt-BIP der USA übertreffe, schien wenig dazu angetan, die Volksrepublik als typisches Drittweltland erscheinen zu lassen, so daß sich Vergleiche mit Ländern wie Indien oder gar Laos a priori schief ausnahmen.

Nicht zuletzt aber muß sich der entwicklungstheoretische Ansatz den Vorwurf gefallen lassen, daß er wenig kulturadäquat ist, also z.B. der so überaus autochthonen metakonfuzianischen Antriebsethik keinerlei Rechnung trägt.

Kategorien des „Nation building“²⁰ mögen also zwar fruchtbare Einzelerkenntnisse an den Tag bringen, werden den *Besonderheiten* des Reichs der Mitte jedoch in keiner Weise gerecht.

6

Der Vertikalismusansatz

Der Vertikalismusansatz, der sich, anders als die vorausgegangenen Theorie-Entwürfe, nicht einfach mit Gleichheitszeichen vergegenständlichen läßt, weil es bei ihm ja gerade *nicht* um Gleichsetzbares geht, beruht auf der Prämisse, daß die überkommene konfuzianische Ordnung nur Herrscher und Beherrschte, nicht aber Freie und Gleiche anerkenne.²¹

Dieses Postulat geht von der durchaus zutreffenden Beobachtung aus, daß das vertikale Organisationsmuster gerade in China eine Dominanz ohnegleichen ausübt: Wer in Vater/Sohn-, Eltern/Kinder- oder Führer/Gefolgschafts-Beziehungen zu denken pflegt, ist auf vertikale Organisationsmuster programmiert, während andererseits die – vor allem im Westen übliche – vorrangige Beschäftigung mit Berufsgruppen (z.B. *alle* Architekten), Ständen (z.B. *alle* Adligen), Klassen (z.B. *das* Proletariat, *die* Bourgeoisie), Funktionsgruppen (*alle* Wähler) oder aber Rechtsadressaten auf einen im Sinne der Soziologie horizontalen Denkansatz hinausläuft.

Das in China mit einsamem Abstand vorherrschende Muster ist, wie gesagt, die Vertikale: In feudaler Zeit stand das Verhältnis zwischen Lehensherren und Vasallen, zwischen Grundeigentümer und Pächter sowie zwischen Meister und Jünger im Vordergrund, heutzutage ist es die Beziehung zwischen dem als solchem anerkannten (informellen) Gruppen/*Danwei*-Führer und seiner Gefolgschaft, die sich ihm freiwillig untergeordnet hat und die nun im Gegenzug Wohltaten im weitesten Sinne erwartet, sei es nun für das berufliche Vorwärtkommen oder aber in privaten Belangen.

Chinesische Gruppen pflegen erfahrungsgemäß nur dann wirklich zu funktionieren, wenn sie nach dem Vertikalschema aufgebaut sind: Tritt beispielsweise ein neuer Chefarzt seine Stelle im Krankenhaus X an, so wird es von der dortigen Ärzteschaft fast wie ein Naturereignis hinge-

²⁰Im Sinne von mehr Wirtschaftswachstum, mehr Mobilität, mehr Gleichheit und Gerechtigkeit, mehr Partizipation oder mehr Unabhängigkeit.

²¹So Kirsch, Guy und Mackscheidt, Otto, *Chinas Ordnungspolitik in einem konfuzianischen Land*, Baden-Baden 1988.

nommen, daß „der Neue“ zumindest sämtliche bisherigen Oberärzte durch eigene Gefolgsleute ersetzt. Dasselbe gilt bei der personellen Ausgestaltung einer Forschungsprojektgruppe oder bei der Herstellung x-beliebiger anderer Gruppierungen mit *danwei*haftem Zuschnitt.

Wo das Ganze so unendlich viel mehr bedeutet als seine Teile, und wo Vertikalität so überaus groß geschrieben ist, entwickelt sich ein soziales Milieu, das vom Senioritäts-, Harmonie-, Faktions- und Isolationsprinzip bestimmt wird:

- Mit Senioritätsprinzip ist gemeint, daß Führer nur solche Personen sein können, die aufgrund langer Zugehörigkeit zu einem Kernelement eben dieser „Gemeinschaft“ geworden sind. Seniorität zählt mehr als fachliche Leistung, weshalb in der Regel der Ältere – und nicht der Tüchtigere – bei Beförderungen, Lohnaufschlägen etc. zuerst an die Reihe kommt. Es könnte andernfalls nämlich die Harmonie gestört werden.
- Das Harmonieprinzip assoziiert ein Gruppenverhalten, das, koste es, was es wolle, auf Vermeidung offener Konflikte, nicht zuletzt aber auch auf ein nach außen hin geschlossenes Gruppenbild abstellt, in dem jeder seinen hierarchisch wohldefinierten Platz einnimmt. Wer in einen Familienbetrieb eintritt, bringt idealiter nicht nur seine Arbeitskraft ein, sondern „investiert“ seine ganze Person. Die Einheit ist m.a.W. wie eine Familie, in der Paternalismus von oben akzeptiert und „Dankbarkeit“ von unten erwartet wird.
- Das Faktionsprinzip läßt sich als Folge des organisatorischen Drangs zur Herausbildung von Gruppen begreifen, in denen man sich geborgen fühlt und die ein Wir-Gefühl aufkommen lassen, während alle nicht mit dazugehörigen Personen als „die anderen“ empfunden – und nicht selten auch als solche feindselig betrachtet werden. Diese Segmentationstendenz liefert übrigens auch die Erklärung für die in China immer wieder akute Herausbildung einander bekämpfender Politgruppierungen und „Denkschulen“.
- Aus dieser Segmentation ergibt sich auch die „Isolation“, mit der sich jede Vertikalgruppe tendenziell konfrontiert sieht. Man ist im Konkurrenzkampf mit außenstehenden Gruppen entweder die Nr.1 oder rangiert unter „ferner liefen“. In der Vertikale herrscht Harmonie, in der Horizontale Konkurrenzkampf.²²

Dieses Vertikalismusdenken gehört nicht nur zur elementaren chinesischen Grundausstattung, sondern war auch ein Schlüsselement mittelalterlich-europäischer Gemeinschaftsgesinnung. Erst mit dem Zerfall der mittelalterlichen Ordnung hatte sich das Individuum in Europa aus den Gemeinschaftsbezügen herausgelöst und war, soziologisch gesprochen, zum Träger zahlreicher einander widersprechender Rollen, juristisch gesprochen zum Rechtssubjekt geworden. Der einzelne hatte m.a.W. seine soziale Enklave verlassen und war in ein „allgemeines Gewaltverhältnis“ eingetreten, in dem der horizontale Denkansatz vorherrschte: Er war nicht mehr Mitglied in einer hierarchisch durchorganisierten Ständegesellschaft, sondern hatte sich zum Rechtssubjekt stilisiert, das als solches vor dem Recht gleich war.

²²Weitere Einzelheiten Weggel, *Die Asiaten*, a.a.O., S.68 ff.

Ganz im Gegensatz dazu gilt in China auch heute noch der Vertikalismusprimat, während das Nebeneinander (in Bereichen wie Markt oder Demokratie), wo die Begegnung von Freien und Gleichen stattfindet, immer noch als einigermaßen „unnormale“ empfunden wird.

Soweit die empirische Dimension.

Was nun die theoretische Ebene anbelangt, so überreiben Kirsch/Mackscheidt, wenn sie – bei aller Tendenz zur Vertikalisierung – davon ausgehen, daß für Demokratie und Markt in China grundsätzlich überhaupt kein Platz sei. Zwar trifft es zu, daß China auch am Ende des 20. Jh. noch eine bemerkenswerte Vorliebe für Teilmärkte und *Danwei*-Demokratien zeigt, mit denen sich das Markt- und das Mitbestimmungsgeschehen „zellularisieren“ läßt.

Die horizontale Dimension manifestiert sich wirtschaftlich ja vor allem im Markt, politisch aber in der Demokratie. Bezeichnenderweise fehlt es deshalb in China an einem gesamtvolkswirtschaftlichen Denken, an einem staatsbürgerlichen Bewußtsein sowie an Trans-*danwei*-Demokratie. Lieber bewegt man sich statt dessen sowohl wirtschaftlich als auch politisch in überschaubaren Bereichen, bei denen die horizontale Ebene stets in die vertikale eingebettet bleibt.

Wenn Kirsch/Mackscheidt freilich unterstellen, daß der Einbau horizontaler Elemente in die hierarchische Grundordnung so gut wie unmöglich sei, ja destabilisierend wirke, und wenn sie sich deshalb implizit auf den Standpunkt stellen, daß es gleichsam für immer beim Primat des Vertikalismus bleiben müsse, so beziehen sie einen wahrhaft „metaphysischen“ Standpunkt, um hier einmal die Terminologie des Marxismus zu bemühen: Gesellschaftsstrukturen bestehen ja nicht von Natur aus, sondern sind historisch *geworden*, unterliegen also logischerweise auch einem ständigen – wenn auch langsamen – Veränderungsprozeß. In den 22 Jahren seit der Einleitung des Reformprozesses hat die volksrepublikanische Gesellschaft bereits beträchtliches Anpassungsvermögen an den Tag gelegt. Ob sie allerdings auf lange Sicht dieselbe „horizontale“ Einebnung erfährt, wie es bei der westeuropäischen Durchschnittsgesellschaft der Fall ist, darf bezweifelt werden: Insofern enthalten die Aussagen Kirsch/Mackscheidts doch mehr als nur ein Körnchen Wahrheit.

Methodisch jedenfalls scheint es noch weit bis ins 21. Jh. hinein angemessen, vom Primat der Vertikalisierung auszugehen, ohne daß hier freilich allzu rigorose und apologetische Positionen bezogen werden sollten.

Teilmärkte, *Danwei*-Demokratie und rechtliche Enklaven in Form von „Eigenverantwortungssystemen“ dürften also noch geraume Zeit die chinesische Antwort auf die Herausforderungen des westlichen „Horizontalismus“ im wirtschaftlichen sowie im rechtlich-organisatorischen Bereich bleiben.

7

Der Renormalisierungsansatz „China = China“ und die Generallinie der vom Autor vertretenen methodischen Option

Ausführungen hierzu im nächsten Heft von C.a.